Antragsteller: Neunkirchen

A 28: Erweiterung der kommunalen Wärmeplanung um die klimawandelbedingte Kühlbedarfsplanung und Hitzeschutzmaßnahmen

Der Saarlandtag möge beschließen:

Der Saarlandtag der Jungen Union Saar fordert die saarländische Landesregierung auf, die bestehen-den Rahmenbedingungen für die kommunale Wärmeplanung im Saarland dahingehend weiterzuentwickeln, dass künftig bei der Gewährung des landesseitigen Belastungsausgleichs die Berücksichtigung des klimawandelbedingten Kühlbedarfs und geeigneter Maßnahmen zur Hitzeanpassung verbindlich vorgesehen wird.

Hier-zu sollen die saarländischen Kommunen im Rahmen ihrer kommunalen Wärmeplanung ergänzend ein Konzept zur sommerlichen Gebäudekühlung und zum Schutz vor zunehmender Hitze erarbeiten. Dieses soll insbesondere öffentliche Gebäude wie Schulen, Kindertagesstätten, Rathäuser, Verwaltungsgebäude und weitere kommunale Einrichtungen berücksichtigen.

Da-bei soll nicht die pauschale Ausstattung sämtlicher Gebäude mit klassischen Klimaanlagen vorgeschrieben werden. Vielmehr sollen die Kommunen anhand der jeweiligen baulichen Gegebenheiten, der Nutzung, des tatsächlichen Kühlbedarfs sowie der wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen geeignete Maßnahmen prüfen und priorisieren. Neben effizienten Klimaanlagen sollen insbesondere passive Kühlmaßnahmen, Verschattung, Dach- und Fassadenbegrünung, natürliche Lüftung, die Nutzung thermischer Speichermassen sowie weitere energieeffiziente Kühltechnologien einbezogen werden.

Der Belastungsausgleich soll künftig auch die zusätzlichen Planungsaufgaben im Bereich der sommerlichen Kühlung und des kommunalen Hitzeschutzes berücksichtigen. Die hierfür erforderlichen finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen sind durch das Land sicherzustellen.

Begründung:

Die kommunale Wärmeplanung ist ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende und der angestrebten Klimaneutralität. Seit Inkrafttreten des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) im Jahr 2024 sind die Kommunen mit der Aufgabe betraut, eine strategische Planung für eine zukunftsfähige, effiziente und klimaneutrale Wärmeversorgung zu entwickeln. Das Saarland unterstützt sie hierbei durch einen finanziellen Belastungsausgleich, der sich aus einem Sockelbetrag von 179.000 Euro und einem zusätzlichen Betrag von 1,67 Euro je Einwohner zusammensetzt und in fünf Tranchen von 2024 bis 2028 ausgezahlt wird.

Die-se Planung darf jedoch nicht ausschließlich auf die Wärmeversorgung während der kalten Jahreszeit ausgerichtet sein. Der fortschreitende Klimawandel führt auch im Saarland zu steigenden Temperaturen und einer zunehmenden Belastung durch sommerliche Hitzeperioden. Da-mit wächst die Notwendigkeit, kommunale Gebäude und öffentliche Infrastrukturen nicht nur auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung, sondern zugleich auf die klimatischen Herausforderungen der Zukunft auszurichten.

Kommunale Energieplanung muss deshalb ganzjährig gedacht werden: Neben der effizienten Bereitstellung von Wärme muss auch die Frage berücksichtigt werden, wie Gebäude bei zunehmender Sommerhitze gesund, nutzbar und energieeffizient gekühlt werden können.

1. Gesundheitsschutz und Schutz vulnerabler Gruppen

Antragsteller: Neunkirchen

Insbesondere ältere Menschen, Pflegebedürftige, Kinder sowie Personen mit Vorerkrankungen sind von hohen Temperaturen besonders betroffen. Überhitzte Innenräume können den Kreislauf belasten, gesundheitliche Beschwerden verstärken und im Extremfall lebensgefährlich werden.

Öffentliche Gebäude können einen wichtigen Beitrag zum kommunalen Hitzeschutz leisten. Durch geeignete Kühlmaßnahmen können insbesondere in stark frequentierten Einrichtungen und ausgewählten öffentlichen Räumen Rückzugsorte geschaffen werden, an denen sich Menschen während extremer Hitzeperioden vorübergehend aufhalten können. Dabei sind neben technischen Kühllösungen auch gut erreichbare, verschattete und baulich geeignete kühle Räume zu berücksichtigen.

2. Leistungsfähigkeit in Schulen, Kitas und Verwaltungen

Hohe Raumtemperaturen beeinträchtigen Konzentration, Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden. Besonders in Schulen und Kindertagesstätten kann sich eine starke Überhitzung negativ auf Lernprozesse und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auswirken. Auch Beschäftigte und Besucher kommunaler Verwaltungen sind von diesen Belastungen betroffen.

Eine vorausschauende Planung ermöglicht es, geeignete Maßnahmen frühzeitig zu identifizieren und umzusetzen. Dabei müssen technische Kühlsysteme dort geprüft werden, wo passive Maßnahmen allein nicht ausreichen, um gesundheitlich vertretbare und funktionale Raumtemperaturen zu gewährleisten.

Empfehlung der Antragskommission

O Annahme O Ablehnung O Annahme i.g.F. O Verwiesen an_____

O Erledigt durch _____ O Nichtbefassung wegen Beschlusslage